

Falk Thörmer, Direktkandidat von Volt Deutschland im Wahlbezirk 107, Düsseldorf-Süd

Sehr geehrter [REDACTED],

vielen Dank für Ihre Anfrage und die Möglichkeit zu den genannten Positionen und Themen Stellung nehmen zu dürfen.

Für die Beantwortung von Fragen stehe ich gerne zur Verfügung – bspw. auf <https://www.abgeordnetenwatch.de/>

Der Übergang zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Gesellschaft und Wirtschaft ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Unsere Fähigkeit die Klimakrise zu bewältigen, wird sehr konkret über die mittelfristige Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Deutschland entscheiden. Katastrophen wie wir sie unlängst auch in Deutschland erlebt haben, werden nicht nur unermessliches Leid für die jeweils betroffenen Menschen bedeuten, sondern auch massive Nettowohlfahrtsverluste für die gesamte Gesellschaft, wenn Milliarden in den Wiederaufbau fließen, statt für Investitionen, sozialen Ausgleich oder Entlastungen genutzt zu werden.

Wir von Volt wollen unter anderem:

Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energiepolitik

- Umsetzung von EE-Projekten durch Energiegenossenschaften und -gesellschaften. Kommunen und Anwohner*innen sollen vergünstigten Strom direkt aus angrenzenden EE-Anlagen beziehen können. Bei größeren EE-Projekten sollen die Bürger*innen und die Kommune finanziell beteiligt werden. Außerdem möchten wir das Crowdfunding von EE-Anlagen unterstützen und alle EE-Anlagen von der Umlagepflicht für Eigenstromnutzung befreien. Wir setzen ein Informations- und Förderungspaket auf und ermöglichen Projekte zur gemeinschaftlichen Teilnahme.
- Den Stromspeichertechnologien kommt eine Schlüsselrolle in der Energiewende zu. Wir möchten sie unabhängig von ihrer Form fördern. Zudem soll Strom aus Speichern Einspeisevorrang erhalten. In Ausschreibungen sollen EE-Projekte mit Speichern besonders berücksichtigt werden. Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, die Autohersteller*innen zu verpflichten, ihre Elektrofahrzeuge mit Vehicle-to-Grid-Technologie auszustatten. Außerdem fördern wir private Heimspeicher finanziell. Gleichzeitig wird der Ausbau von großen Batteriespeichern vorangetrieben. Zur Langzeitspeicherung sollen Erdgas- durch Wasserstoffspeicher ersetzt werden.
- Wir reformieren das System der Steuern, Abgaben und Netzentgelte. Damit sollen Über- oder Unterangebote im Stromnetz preislich abgebildet werden. Energieflexibilität und Energieeffizienz sollen gleichrangig behandelt werden. Zusätzlich wird ein digitaler Markt für Flexibilität geschaffen. Der Einbau von intelligenten Stromzählern wird gefördert und bei Verfügbarkeit von Heimspeichern ab 2025 verpflichtend. Außerdem wird eine digitale Schnittstelle für Netzdaten entstehen und smarte Stromtarife werden gefördert.
- Wir setzen die EEG-Umlage schnellstmöglich, spätestens bis zum 01.01.2023, auf Null und schaffen sie damit vollständig ab. Um die Finanzierungslücke für die EE zu decken, wird die Stromsteuer verdoppelt. Die restlichen EEG-Vergütungen werden durch Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung finanziert. Sollen Unternehmen von der Stromsteuer entlastet werden, wollen wir die Bedürftigkeit der Unternehmen streng im internationalen Wettbewerb prüfen.
- Wir planen die Einführung des sogenannten Drittelmodells. Damit stellen wir zielgerichtete Fördermaßnahmen zur effektiven Modernisierung des Gebäudebestands bereit. Die Einstellung der Förderung für fossile Energieträger und eine deutliche Erhöhung der Zuschüsse für energetische Modernisierungen (mindestens auf KfW55-Standard) schaffen

zusätzliche Anreize. Die Modernisierungsumlage für warmmietenneutrale energetische Modernisierungen soll von 8 % auf 1,5 % gesenkt werden. Härtefälle fangen wir durch eine gesicherte Warmmietenneutralität für Haushalte mit geringem Einkommen ab.

- Mittelfristig soll das EU ETS entsprechend der Vorstellungen von Volt Europa reformiert werden. Wir setzen uns in ganz Europa dafür ein, das EU ETS im Umfang zu erweitern und wirksam auszugestalten. Der Emissionshandel soll den Großteil der europäischen Emissionen umfassen. Pro Jahr sollen 8 % der Zertifikate vom Markt genommen werden, um die Emissionen bis 2030 um 80 % zu reduzieren. Der Zertifikatspreis bewegt sich innerhalb eines definierten Preiskorridors. Dieser Korridor ist an die Höhe einer CO₂-Steuer gekoppelt, die auf europäischer Ebene nur für die Bereiche eingeführt wird, in denen das EU ETS nicht wirksam ist. Die genaue Ausgestaltung der europäischen CO₂-Bepreisung beschreibt die Energy Transition & Climate Change Policy von Volt Europa
- Wir steigen bis spätestens 2030 aus der Kohleverstromung aus. Bereits 2025 soll der Ausstieg aus der Nutzung der Braunkohle erfolgen. Ein ambitionierter CO₂-Preis ist dafür die Grundlage. Er macht die Kohleverstromung unwirtschaftlich und führt zu einem frühzeitigen Kohleausstieg. Zusätzlich können Stilllegungsprämien genutzt werden, um Kraftwerke noch vor Ablauf der Fristen vom Netz zu nehmen. Der Aufbau von Energiespeichern soll dem Lastausgleich für Zeiten, in denen kein regenerativer Strom erzeugt wird, dienen. Wir setzen gezielte Präventionsmaßnahmen ein, die strukturelle Arbeitslosigkeit verhindern und Einnahmeverluste für Kommunen ausgleichen

Mobilität für Wirtschaft und Bevölkerung

- Wir möchten einen gut ausgebauten und für jede*n bezahlbaren Öffentlichen Verkehr in Deutschland und Europa. Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Regionalverkehr sollen eine Basis-Mobilitäts-Versorgung für die breite Bevölkerung bieten. Daher setzen wir uns auf Bundesebene für die Ausweitung und Aufstockung von Förderprogrammen ein, die Länder und Kommunen beim Ausbau des ÖPNV und des Regionalverkehrs unterstützen. Zudem sollen zielgruppenspezifische Anreizsysteme gefördert werden wie z. B. freie Fahrt für Schüler*innen und Rentner*innen. Mittelfristig streben wir günstige Mobilitätsflattrates im ÖPNV (z. B. 365-Euro-Tickets) und Regionalverkehr durch Bundesfinanzierung an. Unser Ziel ist, dass diese Tickets deutschland- und langfristig europaweit gültig sind. Im Gegenzug schaffen wir die steuerliche Abzugsfähigkeit von Aufwendungen zwischen Wohnort und Arbeitsstätte (v. a. die Pendlerpauschale) sozialverträglich und nach Möglichkeit vollständig ab.
- Wir wollen die Entwicklung einer europaweit einheitlichen Plattform für Mobilität als Dienstleistung, engl. Mobility-as-a-Service (MaaS), vorantreiben. Diese Plattform soll der Grundstein für integrierte Mobilitätskonzepte werden. Dafür sollen öffentliche Ausschreibungen die bietenden Unternehmen zu einer kostenlosen Bereitstellung von Verkehrsdaten im EU Format Datex II verpflichten. Über eine anonymisierte Auswertung erhalten Stadtverwaltungen die Möglichkeit, Raumplanungen zu verbessern. Mit dem „Internet der Dinge“ können private und öffentliche Bestandsflächen der Allgemeinheit als Mobilitäts-Hubs zur Verfügung gestellt werden. Wir unterstützen die Länder und Kommunen durch eine Standardisierung von Schnittstellen und Förderprogrammen mit dem Ziel, einen Sharing Economy-Ansatz zu fördern
- Wir fördern die Entwicklung alternativer Technologien für die innerstädtische Logistik. Um die notwendige Infrastruktur zu schaffen, wollen wir Kommunen darin unterstützen, die Flächen für Mikroverteilzentren bereitzustellen und die Anbindung an die Schiene zu fördern. Es sollen (digitale) Plattformen zur kooperativen Nutzung von Logistikzentren und Mikroverteilzentren und zum Pooling (Bündelung) von Fahrten entstehen. Um die Markteinführung der Technologien zu fördern, sollen Unternehmen, die solche Konzepte umsetzen, von Steuervorteilen profitieren. Außerdem werben wir für

Durchfahrtsbeschränkungen für konventionelle Lieferfahrzeuge oder City-Maut-Systeme auf lokaler Ebene.

- Wir restrukturieren die Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) des Bundes. Das staatseigene EIU soll die bisherigen Unternehmen der DB Netz AG, DB Station&Service AG, DB Energie GmbH und der DUSS GmbH umfassen. Wir befreien die Infrastrukturgesellschaft vom Zwang der Gewinnmaximierung. Ihr wird die Aufgabe des Erhalts und Ausbaus des Schienennetzes entsprechend der Fahrplangestaltung des Deutschlandtakts auferlegt. Die Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) des Bundes verbleiben in öffentlicher Hand und wie das EIU Teil des DB-Konzerns. Gemeinsam mit den Eisenbahnen Europas sollen sie ganzheitliche Konzepte für Mobilität- und Logistik entwickeln.
- Wir erhöhen die jährlichen Investitionen ins Schienennetz auf 200 Euro pro Einwohner*in. Die Trassenpreisförderung weiten wir aus und treiben den Ausbau des Europäischen Zugsicherungssystems (ETCS) flächendeckend voran. Wir unterstützen die Sanierung und Reaktivierung von (stillgelegten) Strecken und wollen Bürger*innenbeteiligung bei Bauprojekten stärken. Bedarfsprognosen der Schieneninfrastruktur sollen dem tatsächlichen, langfristigen Bedarf gerecht werden.
- Wir erhöhen die jährlichen Investitionen ins Schienennetz auf 200 Euro pro Einwohner*in. Die Trassenpreisförderung weiten wir aus und treiben den Ausbau des Europäischen Zugsicherungssystems (ETCS) flächendeckend voran. Wir unterstützen die Sanierung und Reaktivierung von (stillgelegten) Strecken und wollen Bürger*innenbeteiligung bei Bauprojekten stärken. Bedarfsprognosen der Schieneninfrastruktur sollen dem tatsächlichen, langfristigen Bedarf gerecht werden

Fachkräftesicherung und Digitalisierung

- Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schüler*innen die Möglichkeit für eine möglichst breite und interessenorientierte Berufsberatung bekommen. Die Berufsorientierung der Sekundarstufe sollte für alle Schüler*innen zu ihren Interessen und Fähigkeiten passende Möglichkeiten der dualen Berufsausbildung aufzeigen. Bei der Berufsorientierung können Auszubildende die Grundlagen der Ausbildung erläutern und Schüler*innen als Vorbilder dienen. Nationale Kampagnen unterstützen die gesamtgesellschaftliche Aufwertung von Ausbildungsberufen.
- Wir wollen erreichen, dass Auszubildende während ihrer Ausbildung nicht von finanzieller Unterstützung ihrer Eltern abhängig sind. Dafür sollen Ausbildungen für staatlich anerkannte Abschlüsse kostenfrei sein. Zusätzlich soll die Bereitstellung von vergünstigten Wohnungen während der Ausbildungszeit ermöglicht und eine Arbeitsvergütung sichergestellt werden, welche mindestens dem BAföG-Niveau bei Studierenden entspricht.
- Volt möchte den europäischen Charakter von Ausbildungen stärken. Dieser kann z. B. durch einen unbürokratischen Zugang zu Erasmus-Stipendien oder die Möglichkeit, mindestens vier Wochen der Ausbildung im Ausland zu absolvieren, gestärkt werden. Außerdem wollen wir mit unseren europäischen Partner*innen die Möglichkeit gemeinsamer Berufsausbildungen erörtern.
- Wir unterziehen die Bedarfsdeckung bei Ausbildungsberufen bundesweit einem konstanten Monitoring, wobei regionalen Unterschieden besonders Beachtung geschenkt wird. Für das bessere Matching und zur Attraktivitätssteigerung der Ausbildung unterstützen Bund und Länder die Kooperation zwischen Auszubildenden und Ausbildungsbetrieben. Zusätzlich sollten Möglichkeiten geprüft werden, wie die Berufsausbildung und -ausübung flexibilisiert werden kann. So könnte die Bedarfsdeckung in Mangelbereichen gesichert werden, indem Auszubildende leichter mit einer spezifischen Berufsausbildung auch andere (ähnliche) Berufe ergreifen können
- Eine breite Ausbildungsoffensive für das Handwerk garantiert die zügige Modernisierung des Gebäudebestandes. Mehr junge Menschen sollen für sich eine Zukunft im Handwerk entdecken. Wir unterstützen die ausbildenden Betriebe des Handwerks finanziell, so dass

Anreize entstehen, zusätzliche Ausbildungsplätze anzubieten. Die Digitalisierung bietet hier die Chance, moderne Arbeitsplätze entstehen zu lassen. Ausländische Berufsabschlüsse möchten wir schneller anerkennen lassen, sodass zugewanderte Menschen Teil der Qualitätsoffensive im Handwerk werden.

- Wir wollen bundesweit die bestmögliche digitale Infrastruktur gewährleisten. Dafür wollen wir den Glasfaserausbau voranbringen, indem wir den bürokratischen Aufwand verringern und den Kommunen die Selbstbeteiligungskosten erlassen. Bis spätestens 2027 wollen wir Deutschland flächendeckend mit Gigabit-Anschlüssen sowie 5G versorgen. Langfristig soll der Internetanschluss ähnlich wie das Elektrizitätsnetz Teil der öffentlichen Grundversorgung werden.
- Wir wollen einen fairen Wettbewerb im digitalen Raum schaffen. Heute haben große Digitalkonzerne durch Netzwerk- und Lock-in-Effekte eine große Marktmacht. Um kleinen Unternehmen eine echte Chance zu geben, setzen wir uns dafür ein, dass die großen Digitalkonzerne ihre Plattformen öffnen müssen. Sie sollen echte Interoperabilität auch für ihre Kernservices ermöglichen müssen

Wirtschaft nach Corona: Internationale Einbindung und Wachstumssicherung

- Wir setzen uns dafür ein, dass die WTO wieder handlungsfähig gemacht und reformiert wird und mehr Kompetenzen erhält. Die EU[1]Kommission soll die Demokratisierung der WTO auf die Agenda setzen. Auch sollen eine bessere Integration von Ländern des Globalen Südens in den Welthandel, der Schutz von Menschenrechten und sozialen Standards sowie die Ausrichtung des Welthandels auf nachhaltige Entwicklung Teile des Mandates der WTO werden.
- Wir wollen ein multilaterales Regelwerk zum Investitionsschutz schaffen, das von einem internationalen Investitionsschutzgerichtshof unter dem Dach der WTO kontrolliert wird
- Wir setzen uns dafür ein, dass eine neue internationale Verhandlungsrunde mit Schwerpunkt Nachhaltigkeit ins Leben gerufen wird. Sie soll sich mit dem Klimaschutz, dem Investitionsschutz, dem Handel von Agrarprodukten sowie dem digitalen Handel befassen und den Ländern des Globalen Südens eine stärkere Stellung im Welthandel zugestehen
- Wir setzen uns dafür ein, dass Freihandelsabkommen der EU transparent und mit Beteiligung des EU-Parlaments ausgehandelt werden. Sie sollen nur unter der Bedingung abgeschlossen werden, dass Umwelt- und Sozialstandards vereinbart und eingehalten werden.
- Wir wollen die Umsetzung der Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) in Europa und damit mit verpflichtender Wirkung für Deutschland voranbringen. Entsprechende Vorschläge der Kommission sehen vor, dass für Konzerne mit Sitz in der EU ein konsolidierter Gesamtgewinn ermittelt wird und anschließend zu je einem Drittel nach Löhnen, Umsatz und ein[1]gesetztem Kapital zugewiesen wird. Alle zukünftigen Gesetzesänderungen im Steuerrecht sollen im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit der GKKB geprüft werden.